
Antrag

der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion

Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich ein Konzept für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden vorzulegen.

In dem Konzept ist aufzuzeigen,

- wie schnellstmöglich eine ausreichende Anzahl von Unterbringungsplätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen und dabei Mindeststandards eingehalten und kontrolliert werden.
- in welchem Zeitraum die Unterbringung von Asylsuchenden in Notunterkünften beendet wird.
- mit welchen Maßnahmen ausreichend Wohnungen für Flüchtlinge und Asylsuchende zur Verfügung gestellt werden sollen und wie in leerstehenden Gebäuden Appartements für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden zusätzlich geschaffen werden können.
- mit welchen Maßnahmen sichergestellt werden soll, dass ausreichend Plätze für die Beschulung und die Betreuung von Kindern zu Verfügung stehen.
- wie die Bezirke in die Erarbeitung eines Konzepts einbezogen und welche zusätzlichen personellen und finanziellen Mittel ihnen dafür zu Verfügung gestellt werden.
- wie die medizinische Versorgung der Flüchtlinge sichergestellt werden soll.
- welche weiteren Maßnahmen der Senat einleitet, um Asylsuchenden und Flüchtlingen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Von der Einrichtung von Containersiedlungen für Flüchtlinge und Asylsuchende zur Bewältigung der vom Senat selbst verursachten Notsituation ist Abstand zu nehmen. Stattdessen sind

die dafür geplanten bis zu 43 Mio. € für eine menschenwürdige Erstunterbringung z.B. in Hostels sowie für die Ertüchtigung bestehender Immobilien zu verwenden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2014 zu berichten.

Begründung:

Die Lebenssituation von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Berlin hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Noch immer fehlen ausreichend Wohnungen und Unterkünfte für diese Menschen in Not. Immer mehr Asylsuchende und Flüchtlinge müssen in Notunterkünften leben, in denen die Mindeststandards nicht eingehalten werden.

Im Wissen darum, dass die Anzahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden zunehmen wird, hat der Senat der Situation tatenlos zugesehen. Er hat bisher kein Konzept für die Aufnahme, Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden in die Stadtgesellschaft vorgelegt. Er hat sich darauf konzentriert, lediglich Notunterkünfte zu schaffen und hat damit die bestehende Notsituation erst herbeigeführt.

Der Senat hat nicht dafür gesorgt, dass die städtischen Wohnungsunternehmen ihre Verpflichtung einhalten und Wohnungen für Flüchtlinge bereitstellen. Er hat auch keine Anstrengungen unternommen, um weitere Wohnungsunternehmen für die Vereinbarung "Wohnungen für Flüchtlinge" zu gewinnen.

Bis heute wurde kein Überblick über leer stehende Wohnungen oder Immobilien vorgelegt. Dass entsprechende Immobilien vorhanden sind, zeigt die Aussage von Senator Czaja am 8.9.2014, der darauf verwies, dass ihr Umbau eine Vorlaufzeit von sechs bis acht Monaten benötigen würde und dies deshalb nicht zielführend sei (Inhaltsprotokoll Ausschuss für Gesundheit und Soziales vom 8.9.2014).

Der Senat plant, seinen bisherigen Weg weiterzugehen und will 43 Millionen Euro für die Errichtung von Containersiedlungen ausgeben. Dieser Weg führt in die Sackgasse und muss gestoppt werden.

Auch angesichts der geringen Lebensdauer der Container, ihrer zweifelhaften Verfügbarkeit und der hohen Kosten ist eine vorübergehende Unterbringung in Hostels u.ä. vorzuziehen und schnellstmöglich eine nachhaltige Lösung zu suchen.

Der Senat muss endlich handeln und ein Konzept für eine Asyl- und Flüchtlingspolitik in dieser Stadt vorlegen, die die menschenwürdige Unterbringung garantiert und die Integration und Teilhabe der Flüchtlinge und Asylsuchenden in Mittelpunkt stellt. Dafür bedarf es koordinierender Maßnahmen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Berlin, den 30. September 2014

U. Wolf Breitenbach Taş
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Delius Reinhardt
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion